

74. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 5. Dezember 2014

Auszug aus dem veröffentlichten Plenumsprotokoll

Ilka von Boeselager (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wichtig, dass wir in diesen Tagen so engagiert über den Kurs in der Energiepolitik diskutieren und auch streiten. Es ist gut, dass diese Auseinandersetzungen wirklich intensiv und offensiv geführt werden. Denn überall sind bessere Ergebnisse dringend notwendig.

Heute in einem Jahr, vom 30. November bis zum 11. Dezember 2015, läuft in Paris der UN-Klima-gipfel. Dann geht es um das Nachfolgeabkommen zu Kyoto, das in Lima gerade neu vorbereitet wird. Die Klimaziele sind eine existenzielle Pflicht für die 195 Staaten in der UN-Klimarahmenkonvention und nicht zuletzt auch für die großen Emittenten. Das Ausrufezeichen dahinter setzen die Prognosen des Weltklimarats, der vor einem Temperaturanstieg um mehr als vier Grad bis zum Jahr 2100 warnt. Wir alle lesen das auch oft in der Zeitung.

Wenn es keine wirksamen und gemeinsamen Gegenmaßnahmen gibt, wird es für uns alle erschreckend sein, was da auf uns zukommt. Es ist eine Herkulesaufgabe, die wir erfolgreich lösen müssen. Dazu sind vor allem ökologische und ökonomische Parameter notwendig. Das heißt, die wirtschaftliche Wohlfahrt muss entkoppelt werden, und wir müssen darauf hinwirken, dass es zu keiner weiteren Zunahme der Treibhausgase kommt. Dazu ist der Umstieg notwendig. Wie auch immer: Mit einem einfachen Ausstieg ist das natürlich nicht zu machen.

Momentan gibt es dazu eine breit angelegte Diskussion, ob die Ausfuhr von moderner Kraftwerkstechnologie über die Kreditvergabe einzustellen ist. Das wäre für uns aus momentaner Sicht kontraproduktiv. Warum ist das so? Ökologisch würde die Umsetzung bedeuten, dass effiziente Anlagen, wie wir sie derzeit hier mit guten Wirkungsgraden von deutlich über 40 % haben, aus dem Markt gedrängt werden. Der Schaden entspräche dann dem CO₂-Saldo zwischen moderner und konventioneller Kraftwerkstechnologie mit Margen von rund 20 %.

Sozioökonomisch sind die Pläne ebenso falsch. Denn betroffen wären auch bei uns viele Arbeitsplätze, die hinter dem fortschrittlichen Know-how stehen. Es ist substanziell, den CO₂-Ausstoß weiter zu reduzieren. Der Bundeswirtschaftsminister hat die grundsätzlichen Zusammenhänge – unser Antrag weist darauf hin – ebenso betont.

Mir ist bewusst, dass es dazu auch andere Einschätzungen gibt. Die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit ist aber eine grundlegende Voraussetzung, um Armut zu bekämpfen. Sie ist die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg schlechthin. Ein methodischer Imperativ verfehlt die Lebenswirklichkeit in der globalen Welt, die über die einzelnen Regionen hinweg sehr unterschiedlich ist. Stichworte sind: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und die Tatsache, dass die Energieträger zunächst einmal gar nicht zur Diskussion stehen.

Ich gebe zu bedenken, dass fast ein Sechstel der Weltbevölkerung, vor allem im ländlichen Raum, unter Energiearmut leidet. 2,5 Milliarden Menschen sind auf feste Energieträger angewiesen. Viele Länder sind wesentlich vom Kohlestrom abhängig, zum Beispiel die Mongolei, Südafrika oder Indien. Diesen Ländern sind wir partnerschaftlich verbunden.

In Indien – Sie werden das mitverfolgen – gibt es eine Versorgungslücke für über 400 Millionen Menschen, die nicht nur unterhalb der Armutsgrenze leben, sondern die auch über keinen Strom verfügen. Da gehen sogar selbst in großen Zentren manchmal die Lichter aus.

Der Energieminister hat seine Position unmissverständlich ausgedrückt – ich zitiere –:

„Indiens Zwang zur Entwicklung kann nicht auf dem Altar eines eventuellen Klimawandels in ferner Zukunft geopfert werden.“

Man mag diesen engen Blickwinkel beklagen, aber das gehört zu den Richtwerten für eine erfolgreiche Umkehr in der Energiepolitik. 1,25 Milliarden Menschen in Indien werden sich die Energiewende nicht vorschreiben lassen. Sie wollen, dass Indiens Wirtschaft wächst, und sie wird auch wachsen. Aufgrund der Verfügbarkeit wird sich der Energiesprung an vielen Orten durch fossile Energieträger vollziehen.

Wir werden alle dazu beitragen müssen, dass auch in diesen Ländern zukünftig die Energieerzeugung an vielen Orten überhaupt erst möglich wird und viele Bevölkerungsgruppen Zugang zur Energie haben. Dafür verfügen wir über die passende Technologie. Wir müssen sie nutzen, um diesen Menschen langfristig zu helfen.